TEXTSAMMLUNG

WAHLEN

HAROLD THE BARREL

ABGESANG AUF DIE WAHLURNE

ERICH MÜHSAM

HUMBURG DER WAHLEN

ANARCHISTEN AN DER RUHR

GEDANKEN ZUM WAHLBOYKOTT

FREIE UNION REVOLUTIONÄRER ANARCHISTINNEN

HERRSCHAFT ERKENNEN – STIMME ERHEBEN STATT ABGEBEN!

RAZZ – ZEITUNG FÜR EIN REVOLUTIONÄRES HANNOVER

WÜRDEN WAHLEN ETWAS ÄNDERN, WÄREN SIE VERBOTEN!

www.revolutionsversand.ch

lein schon die sinkenden Wahlbeteiligungen ansehen, über deren Ursache inzwischen auch unter PolitikerInnen - scheinheilig - gerätselt wird. Wollen wir den PolitikerInnen endgültig resigniert die ganze Macht überlassen? Nein!

Beginnen wir, unsere Interessen hier und jetzt zu verdeutlichen und direkt zu verwirklichen! Schaffen wir uns die Zusammenhänge, die wir für unsere Selbstbestimmung brauchen! Entziehen wir dem Staat den Gehorsam, den Gesetzen die Achtung und den Reichen unsere Kraft!

JEDE REGIERUNG BRAUCHT MENSCHEN –
ABER KEIN MENSCH BRAUCHT REGIERUNGEN!

Das Original wurde leicht verändert und stammt aus: Razz – Zeitung für ein radikales Hannover # 19, Dezember 1990
Originaltext: www.anarchismus.de (überarbeitet und neue Rechtschreibung)

Harold the Barrel — Seite 3
Abgesang auf die wahlurne

Erich Mühsam — Seite 7
Humburg der wahlen

Anarchisten an der Ruhr — Seite 14
Gedanken zum Wahlboykott

Freie Union revolutionärer Anarchistinnen — Seite 16
Herrschaft erkennen – Stimme erheben statt abgeben!

Razz – Zeitung für ein revolutionäres Hannover — Seite 18
Würden wahlen etwas ändern, wären sie verboten!

Jeder/r Einzelne muss jederzeit die Möglichkeit haben, sich freiwillig mit anderen zusammentun, um ein gemeinsames Interesse zu verwirklichen, sich aber auch jederzeit wieder zu trennen. Eine solche auf freier Vereinbarung basierende Gesellschaft wird z.B. bei der deutschen Staatsbürgerschaft und der Ehe verhindert. Grundsätzlich sollten nur Leute über Sachen entscheiden, die sie auch selbst betreffen (die PolitikerInnen sind von den meisten Dingen, die sie beschließen, nicht betroffen!).

Wir sind also für weitestgehende Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Einzelnen in allen Lebensbereichen. Das findet seine Grenzen zum einen in der Freiheit der Mitmenschen, zum anderen aber auch in der Größe der Zusammenhänge. Ich kann nur verantwortlich entscheiden, wenn ich die Folgen meines Handelns überblicken kann, und nur andere tolerieren, wenn ich ihnen auch vertrauen kann, weil ich sie kenne. Das ist in riesigen Staaten, multinationalen Konzernen, Großstädten ebenso unmöglich, wie in unpersönlichen Mietskasernen, Krankenhaus-, Schul-, Verwaltungskomplexen etc.

Selbstbestimmung kann nur in überschaubaren Kommunen, Betrieben und Interessengruppen verwirklicht werden. Gesetze für 60 Millionen ganz unterschiedliche Menschen zu machen ist unmenschlich, schlägt Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit unmittelbar kaputt.

Wenn ich mein Interesse nicht selbst verwirklichen kann oder will, kann ich eine vertraute Person mit der Vertretung meines bestimmten Interesses bei einer bestimmten Gelegenheit oder für einen bestimmten Zeitraum beauftragen, wenn ich diese Person kritisieren, kontrollieren und jederzeit zurückrufen kann. Solche Delegierten können dann auch Fragen beraten, die über mein direktes Umfeld hinausgehen. Sie müssen dann aber ihr Mehr an Informationen an mich weitergeben (föderatives Rätemodell).

Bei allen Entscheidungen müssen alle Betroffenen die Sache auch mittragen und verwirklichen können und wollen. Deshalb kann nicht eine Mehrheit über eine Minderheit entscheiden. Die Minderheit muss mindestens die Chance haben, den Zusammenhang ohne schwere Nachteile zu verlassen und ihr Interesse neben der Mehrheit zu verwirklichen. Besser ist es jedoch, eine von allen gleichermaßen akzeptierte Entscheidung (Konsens) zu treffen - auch wenn´s manchmal etwas länger dauert.

Wir wollen aber nicht warten, bis die Reichen und Mächtigen sich bequemen, uns von ihren Vorteilen etwas abzugeben.

„Alles, was bei der ganzen Wählerei herauskommen kann, ist da und dort ein Scheinerfolg. Man vertröstet sich dann immer auf `das nächste Mal´ , bis man die Geschichte endlich satt bekommt und unter die Pessimisten geht.“ (Johann Most, 1892).

Fast 100 Jahre später scheint die Geschichte Most recht zu geben, wenn wir uns al-

ABGESANG AUF DIE WAHLURNE
Eine eindimensionale Gesellschaft hat keine Wahl!

Ist es Zufall, dass der Behälter in den Wahlkabinen am 27.9. und der Sarg für einen Toten gemeinhin mit demselben Wort bezeichnet werden: der Urne? Oder steckt darin untergründig doch mehr als nur ein billiger Symbolwert? (Red.)

Der Tod ist ein Zustand der Endgültigkeit, ein eindimensionaler Fixpunkt des Lebens, der – für AgnostikerInnen und Nichtgläubige zumindest – das Ende eines Lebensweges bezeichnet, der von nun an keine Abzweigungen mehr zulässt. Das Leben war demgegenüber viel weniger eindeutig, konnte Um- und Holzwege, Kurven und Überholmanöver beinhalten. Das menschliche Leben ist – zumindest potentiell – eine vielfältige Ansammlung von schöpferischen Möglichkeiten, eine beständige Herausforderung zur Entscheidung, diesen oder jenen Weg zu gehen – eine beständige Wahl. Der Tod dagegen ist endgültig, eindimensional, in jedem Fall alle betreffend – wir können ihm nicht aus dem Wege gehen, haben keine Wahl, auch dann nicht, wenn uns der Tod als himmelschreiende Ungerechtigkeit erscheint.

Haben also Wahlurne und die Urne für den Toten doch mehr gemein? Ich behaupte, ja. Denn was da in diesen Tagen „Wahlkampf“ genannt wird ist nämlich kein solcher, es wird den Individuen gar keine Wahl gelassen, jede potentielle Richtungsänderung der Gesellschaftspolitik wird ihnen ausgetrieben und am Ende regiert die „eindimensionale Gesellschaft“ – eine Bezeichnung, mit der Herbert Marcuse zu Zeiten der StudentInnenbewegung in den sechziger Jahren die Industriegesellschaft kennzeichnete, und die doch auch heute so zutreffend ist. Diese eindimensionale Gesellschaft, die die Individuen darauf hin konditioniert, Meinungsunterschiede so zu verhandeln, dass keine wirkliche andere gesellschaftspolitische Richtung eingeschlagen wird, ist in der Tat dem Tod verschrieben - wenn nicht dem Tod in Form von archaischen Kriegen und Religionsfanatismen, dann mindestens dem Tod der Schöpfungskraft und der Abstumpfung des Denkens. Eine anarchistische Kritik des Systems der Wahlen hat demnach heute als aller erste Aufgabe, ein Bewusstsein darüber zu schaffen, dass reale Wahlen im Sinne unterschiedlicher Lebenswege wie auch Gesellschaftsordnungen gegenwärtig nicht nur kaum möglich sind, sondern eingefordert und erkämpft werden müssen.

Die Medien als Garant der Eindimensionalität

Die herrschenden Medien, die großen bürgerlichen Tageszeitungen und politische Wochenzeitungen wie die „Zeit“ oder der „Spiegel“ verdrehten in diesem Wahlkampf jedwede auch nur um Millimeter vom politischen Mainstream abweichende Meinung zum Randständigen und damit Chancenlosen und forderten die Rückkehr zur eindimensionalen Richtung der herrschenden Gesellschaftsordnung ein. Die Mittel waren einfach: Über Meinungsumfragen wurde festgestellt, dass dieser und dieser

Programmpunkt etwa der Bündnisgrünen entweder ihrer Regierungsfähigkeit schade oder sie unter die 5-%-Marke bringe - wahre Todesurteile für eine Partei, die – derart abgestraft – brav die inneren Reihen säuberte und zur gewünschten Eindimensionalität zurückkehrte.

Man/frau muss sich einmal vorstellen, was da verhandelt wird, um die gesellschaftliche Tragweite dieser Eindimensionalität zu begreifen. Als die Grünen sich noch als „Anti-Parteien-Partei" dünkten, hießen ihre langfristigen Zielvorstellungen „Ausstieg aus der Industriegesellschaft", manchmal auch „Ökosozialismus" oder ähnliches mehr. Das wäre mal eine wirkliche Wahl gewesen. Und was ist davon heute als grüne Vision, als Utopie, als langfristiges Programm geblieben, das - wie Fischer nicht müde wird zu betonen - auf keinen Fall mit einem kurzfristigen Wahlbüchlein für die nächste Legislaturperiode verwechselt werden darf? Der 5-DM-Benzinpreis! Was für eine Utopie! Was für eine grandiose Wahl wir haben! Es ist tatsächlich so, dass nach dem Wegfall der antistaatlichen, auf Selbstversorgung und auf Selbstorganisation hin orientierten Ökologiebewegung, die lange Zeit den Grünen als „Standbein" gedient haben soll, eine bürokratische, nur über den Staat organisierbare, nur als Zwang durchsetzbare „Ökosteuer" als der Grünen größte gesellschaftliche Vision dargestellt wird. Was für ein Todesurteil für jede libertäre Phantasie! Was für eine Austreibung des Gedankens an jedes Experimentieren, jedes Ausprobierens verschiedener Lebensweisen!

Und selbst dieses erbärmliche Stück grüner Bürokratismus, von etatistischen ÖkologInnen und Umweltverbänden noch als Minimum zaghaft verteidigt und von den Grünen selbst beständig als sowieso kommend, in der Struktur der Entwicklung dargestellt, etwas, das ja auch schon Schäuble und der und die vorgeschlagen hätte - also als etwas, zu dessen Durchsetzung wir die Grünen nun wirklich nicht brauchen! - selbst dieses Nichts an Wahl für ein autonomes, freies Individuum, wurde den Grünen noch erbarmungslos von den Medien mittels der neuesten Umfragewerte um die Ohren gehauen. Der „Spiegel" verstieg sich gar angesichts dieser Forderung zur Erinnerung an die chaotische Gründungszeit der Grünen, wo ebenfalls die verrücktesten Forderungen kreuz und quer erhoben wurden. Und so bei allen anderen Themen: der bayrischen Abgeordneten, die etwas Flugbenzin einsparen wollte, wurden sofort und süffisant ihre jährlichen Flugkilometer um die Ohren gehauen; Trittin, der lediglich die Tradition der Gelöbnisfeiern, keineswegs die Bundeswehr an sich in Frage gestellt hatte, wurde das Maul gestopft; Fischer setzte auch die schon von Robert Michels als sehr beliebt beschriebene Drohung ein, er werde zurücktreten, falls die Grünen nicht außenpolitisch „verlässlich" werden würden, also zu jedem zukünftigen Bundeswehreinsatz ja sagen würden; die Forderung nach der Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe wurde nur noch als neuester Tritt ins Fettnäpfchen am Rande vermerkt. Wer die eindimensionale Gesellschaft nicht akzeptiert und tatsächlich eine Wahlalternative zu sein behauptet (ob sie es ist, wäre dann noch zu klären!), wird von den Medien mit Nichtachtung gestraft wie die PDS - wenn sie sich für die nationalen

Vorteil, dass nicht mehr die ungerechte Verteilung der Güter als Ursache der beschissenen Lage und Perspektive erkannt wird, sondern dass „die Ausländer und Asylantenflut" zum Sündenbock erklärt wird.

An diesem Prozess der nationalen Überheblichkeit wirken alle Parteien mit, die an diesen Wahlen teilnehmen. Denn wer hier wählt, wählt auch Großdeutschland, egal für welche Partei er/sie sich entscheidet. Alle kandidierenden Parteien haben sich schon für die Rechtfertigung des großdeutschen Reiches entschieden (so träumen die GRÜNEN in selten naiver Verklärung der Wirklichkeit von den Chancen einer „zivilen Weltmacht" Deutschlands, so z.B. Antje Vollmer). Dagegen wurde „versäumt", die Menschen nach ihren Überlegungen und Entscheidungen zur Wiedervereinigung wie auch nach deren konkreter Ausgestaltung, z.B. im Hinblick auf eine künftige Verfassung, zu fragen. Wo solche Vorschläge und Bedürfnisse denn doch einmal ungefragt formuliert wurden, wurden sie geflissentlich übergangen.

Es ist offensichtlich: Jede Partei, die bei diesen Wahlen kandidiert, setzt das Primat der Nation vor die Einzelbedürfnisse ihrer BewohnerInnen. Jede Partei ist staatstragend (sonst würde sie gar nicht erst zur Wahl zugelassen, sondern verboten) und damit nationalistisch.

Selbstbestimmung statt parlamentarische Augenauswischerei!

Wir sind der Meinung, dass jeder Mensch am Besten selbst für seine/ihre Interessen eintreten kann. Das gilt grundsätzlich auch für „Kinder", „Alte", „Behinderte", „Kranke", „Straffällige". Menschen können aber ihre Interessen nicht kennen, wenn sie ihre Möglichkeiten nicht kennen. Diejenigen, die entscheiden, mit welchen Informationen ich gemacht werde, entscheiden zunächst auch, welche Interessen ich für die Meinigen halte. Das versucht wird, fremde Interessen in uns zu verwirklichen (über Eltern, LehrerInnen, Gesetzgebung), ist unvermeidlich und sicher auch ziemlich erfolgreich, wenn wir selber bei der Gestaltung des „Plans" ausgestaltet sind.

Das heißt: Allen Menschen müssen alle Informationen über ihre Möglichkeiten, über die zu ihrer Lage führenden Gesamtzusammenhänge etc. zur Verfügung stehen (auch „Kindern", Blinden, Analphabeten, „Ausländern"...). Natürlich muss und kann nicht jede/r wirklich alles über Gott und die Welt wissen. Im Gegenteil sind wohl die meisten (auch die PolitikerInnen) völlig überfordert, die Flut mehr oder weniger wichtiger Informationen aus den Medien zu filtern und zu verarbeiten. Aber jeder Mensch ist in der Lage, die für ihn/sie wirklich wichtigen Informationen zu suchen und zu erkennen (vorausgesetzt, dass diese Informationen in den Medien auch wirklich auftauchen und nicht unterschlagen werden, z.B. von der „Schere im Kopf", das heißt der freiwilligen Selbstzensur, oder weil bestimmte Inhalte kriminalisiert und verboten werden, oder weil bestimmte Inhalte vom Parteienproporz in „Öffentlich-Rechtlichen" Medien nicht zugelassen werden.).

dener Interessen hat, darf er/sie nur alle vier Jahre eine Partei wählen, die obendrein auch keine Interessen vertritt, sondern bloß Meinungen. Doch dafür vertritt jede Partei gleich ein ganzes Meinungspaket (alle wollen ja gerne „Volkspartei“ sein). Wenn die WählerInnen also eine Meinung gut finden und eine andere schlecht, dann könnten sie genauso gut zuhause bleiben. Die meisten wählen dann die Partei, die ihnen ein bisschen sympathischer ist als die anderen (ohnehin wird, wie Geißler [liberaler Politiker der CDU in Deutschland, Anm.] schon vor einigen Jahren bekannte, der Wahlkampf (werde) am Fernsehbildschirm entschieden - wichtiger als Worthülsen ist, wer die „bessere Figur“ macht).

So vertreten die Parteien vielleicht ein wenig unterschiedliche Meinungen, aber sie betreiben alle die gleichen Interessen: An die Macht zu kommen und möglichst viel zu herrschen, sich hochdotierte Pöstchen zuzuschachern, die eigenen Taschen mit Steuergeldern zu füllen und alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche (Justiz, Medien, Bildungspolitik, Stiftungen und Institutionen etc.) diesen Privatinteressen nützlich zu machen.

Das Volk der besseren Menschen

Außer diesem soziale und demokratische Ungerechtigkeiten verschleiernden parlamentarischen Vertretungsmodell hat sich noch eine Idee als nützlich zur Herausbildung einer „Gemeinsam schaffen wir`s - Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen“ - Identität erwiesen, die damit auch zur Unterordnung des Einzelnen unter ein vermeintlich höher zu bewertendes Allgemeinwohl hervorragend beiträgt: Der Nationalismus!

Menschen, die zu Gehorsam und Anpassung erzogen wurden, die täglich spüren, dass sie nicht zählen, sondern nur ab und zu gezählt werden, die ständig Angst um ihre Zukunft haben müssen, weil sie nicht über Eigentum an Boden, Maschinen und/oder Kapital verfügen, die sich aber einer Flut von Regeln, Gesetzen und Vorschriften unterwerfen müssen, solche Menschen haben es schwer, ein gesundes Selbstbewusstsein zu entwickeln.

Viele Jugendliche haben nur die Wahl zwischen meist öden Berufen und der Arbeitslosigkeit. Meistens ergreifen sie auf Druck von Eltern, LehrerInnen und Arbeitsamt irgend einen dieser Berufe, kaum aber den, den sie selber wollen. Die Zukunft wird damit von der Lage des Arbeits-Marktes (dieses demütigende Wort erinnert sicher nicht zufällig an Sklaven) diktiert - aus dieser Situation heraus kann natürlich kein positives Selbstwertgefühl entstehen.

Immerhin: Wenn ich schon selber nichts bin, bin ich doch wenigstens Teil eines guten Volkes. Ich bin stolz ein Deutscher zu sein, die Deutschen (also wir, also auch ich) sind besser als andere Völker. Für die Reichen und Mächtigen hat diese Ideologie den Belange der ostdeutschen BürgerInnen einsetzt allerdings, wird sie als PDS wieder gehört und soll doch nicht „verteufelt“ werden. Jeder Dissens wird entweder ausgeschieden oder auf die Bedürfnisse der eindimensionalen Gesellschaft zugeschnitten. Auf diese Weise wird jeder Regierungswechsel zur Kursänderung um Zentimeter und tangiert die Gesamtrichtung des Systems hin zur Sarg-Urne einer abgetöteten, zu alternativem Denken unfähigen Gesellschaft kein bisschen.

Die neue Regierung will die Reform!

Was auffällt, ist die Maßlosigkeit, mit der die eindimensionale Gesellschaft voranschreitet und alles, was nach Dissens aussehen könnte, gnadenlos zermalmt! Selbst ein so abgeschmackter, antirevolutionärer und von mir keineswegs befürworteter politischer Begriff wie derjenige der „Reform“ verliert völlig seinen alten Bedeutungszusammenhang und wird im Wahlkampf zum Mittel der Integration in die eindimensionale Gesellschaft. Es gibt derzeit praktisch keine Partei, die nach einem eventuellen Wahlsieg keine Reform machen wollte.

Hatte der Begriff noch in den siebziger Jahren den impliziten Inhalt der sozialen Reform, der mit der sozialdemokratischen Regierungskoalition gleichgesetzt wurde und mühte sich die revolutionäre und anarchistische Kritik damit ab, in der sozialen Reform nur die Verhinderung der sozialen Revolution zu sehen, ist heute im allgemeinen Bewusstsein völlig inhaltsoffen, was denn nun unter einer „Reform“ verstanden wird. So bedeutet eine kommende „Reformregierung“ für die CDU ebenso wie für die SPD beispielsweise die Auflösung des gegenwärtigen „Reformstaus“, der wahlweise entweder der „Blockade“ der SPD oder der „Verbrauchtheit“ der CDU angelastet wird. Nichts ist weniger falsch. Noch vor der Sommerpause jagten CDU und SPD ein Gesetz nach dem anderen durch den Bundestag, unter anderem den großen Lauschangriff oder ein Gesetz, das es dem Bundesgrenzschutz erlaubt, „auf allen Flughäfen, Bahnhöfen und in allen Zügen ohne weitere Voraussetzungen BürgerInnen zu kontrollieren, auszufragen, im Zweifel zu durchsuchen und erkennungsdienstlich zu behandeln.“

Hier „staut“ sich gar nichts. Die Regierung regiert wie eh und je und die parlamentarische Opposition regiert gleich mit! „Reform“ bedeutet hier inhaltlich „Verschlimmerung der politischen und sozialen Zustände“. Und wirklich wissen im Wahlkampf alle Parteien, dass die eindimensionale Gesellschaft nach den Bundestagswahlen schon von der Struktur ihrer weiteren Entwicklung her kaum anderes als soziale Verschlimmerung bedeuten kann: die Renten werden noch mehr gekürzt, die sozialstaatlichen Agenturen müssen noch mehr einsparen, die Leute müssen noch mehr zahlen, der Gürtel muss noch enger geschnallt werden. All dies wird nach den Wahlen als „Reform“ auf die WählerInnen zukommen. Doch was wirklich zählt, ist hier zweierlei: erstens wird den Menschen die Forderung nach einem emanzipatorischen, sozialen Inhalt von „Reformen“ geradezu ausgetrieben, sie werden unfähig, an so etwas als einem Spezi-

fikum von „Reform“ überhaupt nur zu denken. Es wird ihnen verunmöglicht, für soziale Reformen als einer tatsächlichen, bewussten Wahlentscheidung einzutreten. Und zweitens wird der Begriff der „Reform“ in die eindimensionale Gesellschaft so eingepasst, wie ihn diese heute am besten gebrauchen kann. „Reform“ bedeutet nun „Strukturanpassung“ - also das Gegenteil dessen, was einmal mit dem sozialdemokratischen Mythos von der strukturverändernden Reform gemeint war. Und wenn die SPD heute das erstere unter „Reform“ versteht, darf die PDS als die bessere Sozialdemokratie wieder nachrücken und den letztgenannten Mythos auch öffentlichkeitswirksam aufkochen, von welchem die AnarchistInnen immer schon sagten, „strukturverändernde Reformen“ könne es nicht geben, denn entweder werde die Struktur verändert, dann aber sei das eine Revolution, oder aber die Reform siege, dann aber werde die Struktur gerade nicht verändert. Aber wem ist solch eine Diskussion heute noch geläufig? Ihre Relevanz ist völlig aus der eindimensionalen Gesellschaft ausgeschieden worden. Sie stört nur die „Reformpolitik“!

Harold the Barrel

Originaltext: www.graswurzel.net, erschienen in der Graswurzelrevolution Nr. 231 Sommer 1998

negativen Vorzeichen: Es ist eben ein Mittel, drohende Aufstände (gegen ein offen repressives Regime) möglichst von vornherein zu vermeiden, zumindest aber gesellschaftlich zu isolieren („Ihr habt doch die Wahl...“).

Der lächerliche Vorgang eines alle vier Jahre auf dem Stimmzettel abgegebenen Kreuzes bildet, zumal die erst einmal gewählten den WählerInnen die nächsten Jahre keinerlei Rechenschaft mehr schuldig sind, die Grundlage für jede staatliche Handlung, die dann mit dem angeblichen „Wählerwillen“ gerechtfertigt wird. Mit der Wahl haben die WählerInnen aber auch das Recht verwirkt, Interessenkonflikte, die sie mit anderen Menschen oder Gruppen haben, selber auszutragen. Dafür ist jetzt das Parlament zuständig, die Menschen haben ihre Selbstbestimmung an ein paar hundert Abgeordnete abgegeben.

Mit jeder Wahl wird die Illusion erneuert, die WählerInnen könnten über ihre Geschicke mitbestimmen, mit jeder neuen Partei keimt die Hoffnung neu auf, „der kleine Mann“ könne jetzt endlich mal was an der „großen Politik“ ändern. Und ebenso sicher kehrt dann nach ein paar Wahlperioden die Einsicht zurück, dass „die da oben mit uns ja doch machen, was sie wollen“. Und missgelaunt schreiten die StimmbürgerInnen dann bei der nächsten Wahl doch wieder an die Urne, um wenigstens „das kleinste Übel“ zu wählen. Ihr Recht auf Selbstbestimmung haben die Menschen damit aber erst einmal wieder um Jahre verschoben.
...in Supermarktregalen

Bei diesem ganzen Theater wird dann übersehen, worüber die Menschen hier alles nicht entscheiden dürfen: z.B
– ob sie zur Schule gehen wollen oder nicht
– ob sie Steuern zahlen wollen oder nicht
– ob sie Steuern zahlen wollen oder nicht und wofür und wofür nicht
– ob sie überhaupt dieser staatlichen (Zwangs-)Gemeinschaft angehören wollen oder nicht
– undsoweiter...

Sie können jedenfalls nicht entscheiden, wer ihre Vorgesetzten im Betrieb sind und was sie wie und wann arbeiten – das entscheiden die Eigentümer des Betriebskapitals. Sie können nicht entscheiden, wo sie wie wohnen wollen, denn das entscheiden die Grundstückseigentümer. So gibt es auch noch jede Menge hoher Herren, die alles Mögliche entscheiden, ohne dass sie auch nur gewählt werden könnten.

Die allerwichtigsten Entscheidungen werden ja nicht von den Abgeordneten getroffen, sondern von allerlei Ministerialdirigenten, Verwaltungsbeamten, Konzern- und Kirchenbossen, Richtern, sogenannten Experten etc. Nicht einmal die Regierung wird gewählt. Wer Kanzler wird, das machen die Führungsgruppen der Parteien aus, und der Kanzler bestimmt selbstherrlich „seine“ Minister, die wiederum ihre Staatssekretäre aussuchen, die... Schließlich: Obwohl jeder Mensch ein Bündel ganz verschie-

WÜRDEN WAHLEN WAS ÄNDERN, SO WÄREN SIE VERBOTEN!

Im OSTEN... gingen Millionen für ihre Freiheit auf die Strasse
Im WESTEN... haben Hunderttausende diese Freiheit gesucht –
und scheinbar auch gefunden.
Im Westen ist´s am besten... oder?

Hier gibt es nach einer Untersuchung im Juli 1990 82 Milliardäre, die 195 Milliarden Deutschmark ihr eigen nennen. Das entspricht ungefähr dem Lebens-Arbeitsverdienst von 200.000 Normalverdienern (bei 2.000 Mark im Monat). Bei einer sechsprozentigen Verzinsung dieser 195 Milliarden werden diese 82 Milliardäre tagtäglich um 32 Millionen Mark reicher, ohne einen Handschlag dafür tun zu müssen - erarbeitet wird diese Kapitalrendite von 1,3 Millionen Menschen, die dazu je 3 Stunden täglich schuften müssen.

So sieht`s ganz oben aus. Unten gibt es ca. 3 Millionen SozialhilfeempfängerInnen, denen ein Lebensbedarf von 468 DM im Monat (in Niedersachsen) zugebilligt wird. Das ist weniger als ein Außenspiegel eines mittleren Mercedes kostet. Ihr „Recht auf Wohnen“ haben bereits 600.000 Menschen in der BRD verwirkt, Hunderttausende hausen in Notunterkünften, bei Bekannten, Verwandten etc. Ganz unten hungern ca. 700 Millionen Menschen weltweit, täglich sterben hunderttausende nur, weil es ihnen am Überlebensnotwendigen mangelt. Das Ganze nennt sich Kapitalismus, oder, da zur Zeit solche deutlichen und womöglich ideologisch geprägten Begriffe out sind, freie (gar noch: „soziale“) Marktwirtschaft.

...da gibt es freie Wahlen...

Zur Aufrechterhaltung dieser modernen weltweiten Ausbeutung bedarf es keiner direkten Gewalt mehr. Die Sklaven des fortschrittlichen Industriezeitalters werden nicht mehr angebunden und gefangen gehalten - was allerdings nicht bedeutet, dass die staatlichen Überwachungs- und Unterdrückungsapparate (Polizei, Armee, Gefängnisse, Psychiatrie, Geheimdienste etc.) nicht weiter anwachsen und perfektioniert werden, im Gegenteil (computerlesbare Ausweise, Volkszählung, neue Sicherheitsgesetze usw.). Aber es hat sich als effektiver und erfolgreicher herausgestellt, die Menschen pro forma an Macht und Reichtum zu beteiligen, damit sie sich aus eigenen Kräften bemühen, ihr Bestes für Staat und Wirtschaft zu geben - bis hin zum eigenen Leben für „Volk und Vaterland“. Subtiler zeigt sich dieser freiwillige Einsatz bis an die Grenzen der Belastbarkeit und das Druckmittel der Massenarbeitslosigkeit im Rücken, darüber hinaus daran, dass in vielen Arbeitsbereichen nur noch der geringste Teil das Rentenalter gesundheitlich fit erreicht.

Um den Menschen ihre Lebenszustände als frei gewählt vorzugaukeln, wurde das parlamentarische System geschaffen. Damit steht dieses System von Anfang an unter

HUMBUG DER WAHLEN

Wir lesen täglich in den Zeitungen, Flugschriften und Wahlaufrufen der Liberalen und Sozialdemokraten, daß die Klerikalen finstere Gäuche, scheinheilige Jesuiten, Verdummungsapostel und den gemeingefährlichen Junkern treu verbrüderte Feinde jeglichen Fortschritts, jeglicher Entwicklung seien. Die Werbeschriften der Klerikalen aber behaupten, daß die Liberalen flachköpfige Interessenpolitik treiben, Tröpfe und hohle Schreier, die Sozialdemokraten hingegen rohe Demagogen sind und gewissenlose Spekulanten auf die Leichtgläubigkeit der werktätigen Massen. Daß der Gegner Lügner, Verleumder und geschworener Volksfeind sei, beweist einer dem ändern mit den bündigsten Belegen. - Seien wir höfliche Menschen, und glauben wir, daß in der Beurteilung ihrer Feinde jede Partei die Wahrheit spricht. So haben wir denn nichts weiter zu tun als auszusuchen, in wessen Gefolgschaft wir uns begeben, welcher dieser Gruppen wir für die nächsten fünf Jahre die Wahrung unserer Interessen anvertrauen wollen.

Bekanntlich wird durch den Ausfall der Wahlen vom 12.Januar das Schicksal des Deutschen Reiches besiegelt werden. Es soll sich nämlich herausstellen, ob unter einer konservativ-klerikalen oder unter einer liberal-sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit alles beim Alten bleibt. Es soll sich entscheiden, ob wir weiterhin blauschwarze Tinte saufen müssen oder ob wir uns an einer rötlich-gelben Melange den Magen verderben dürfen. Kurz und gut: Es geht um die letzten Dinge.

Wahltag - Zahltag. Das deutsche Volk wird aufgerufen, das eigene Glück zu schmieden. Gleiches Recht für alle. Jede Stimme zählt. Jede Stimme ist wichtig. Wer der Wahlurne fernbleibt, schneidet sich ins eigene Fleisch. Wer nicht wählen will, muß fühlen. Wer keinen wählt, wählt seine Feinde. Wer im Reichstag nicht vertreten sein will, hat sich alles Unheil zuzuschreiben. Auf gegen die Reaktion! Auf gegen die Verdummung und Verpfaffung! Auf gegen den roten Umsturz! Auf gegen den Freihandel! Auf gegen die Schutzzölle! Auf gegen die Lebensmittelverteuerung! Auf gegen die Feinde der Landbevölkerung! Auf für Freiheit, Wahrheit und Recht! Auf für die Erhaltung guter deutscher Sitte! Das Vaterland muß größer sein! Wir halten fest und treu zusammen! Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Es gilt also wieder einmal, das einzige Recht auszuüben, das der Deutsche hat. Wie denn: das einzige Recht? Seit 42 Jahren immer noch das einzige Recht? Da doch seine Ausübung den Zweck verfolgt, den Deutschen Rechte zu schaffen? Erkläre mir, Graf Örindur, diesen Zwiespalt der Natur! Es ist in der Tat wahr: Das einzige Recht des deutschen Mannes besteht darin, daß er im Laufe von Fünf Jahren einmal in eine verschwiegene Zelle treten und einen Zettel in ein verschwiegenes Gefäß werfen darf, worauf er einen (ihm gewöhnlich unbekannten) Mitmenschen zum Fürsprecher seiner Überzeugungen bestimmt hat. Bekommt ein anderer Kandidat mehr Stimmen, so tritt der Wähler betrübt in den Hintergrund, bleibt für die nächsten fünf Jahre mit seinen Überzeugungen unvertreten und tröstet sich mit dem erhebenden Gefühl, daß er je-

denfalls von seinem einzigen heiligen Recht Gebrauch gemacht und gezeigt hat, daß er auch mitreden kann.

Aber warum so pessimistisch sein? Es ist ja möglich, daß zwei andere Kandidaten miteinander in Stichwahl kommen, und der überstimmte Staatsbürger hat nun die Entscheidung in der Hand: welcher ist der Würdigere? Wer wird meine Interessen besser vertreten? Wem kann ich mich soweit anvertrauen, daß ich ihn mit Generalvollmacht ins Parlament schicken darf? Seine Parteileitung sagt‘s ihm -.und erwählt und bewirkt mit seiner Stimme das Resultat. So kann also doch die an die Wand gedrückte Minorität immer noch den stärksten Einfluß haben auf die Konstellation der Parteivertretungen? Kann sie auch. Hier ist ein Beispiel aus der Praxis:

Man erinnere sich an die Vorgänge, die den Reichskanzler Fürsten Bülow veranlaßten, den vorletzten Reichstag aufzulösen. Dem Manne war seine Position unsicher geworden, und er benutzte eine oppositionelle Regung des Zentrums, das ihm von einer Kolonialforderung einen geringfügigen Abstrich machte, dazu, die Volksboten heimzuschicken und das Volk unter dem Schlachtruf: Gegen die Schwarzen und gegen die Roten! an die Urne zu trommeln. Die Regierung kittete den famosen Block der Konservativen und Liberalen, und die Ultramontanen und Sozialdemokraten revanchierten sich mit der Verständigung zu einer Stichwahlversicherung auf Gegenseitigkeit. Die kaiserliche Regierung hatte geschickt gearbeitet, und so ergaben die Hauptwahlen einen starken Erfolg ihrer Blocktruppen zum Schaden der Sozialdemokraten. Vor der Stichwahl sah man nun in München Plakate an den Tafeln kleben, auf denen etwa folgendes zu lesen war: »Wir danken der aufopfernden Hilfe der Sozialdemokraten in verschiedenen Wahlbezirken Bayerns mehr als ein Dutzend Mandate. Zeigen wir uns erkenntlich! Treten wir bei den Stichwahlen in München Mann für Mann für die sozialdemokratischen Kandidaten ein! Das Zentrums-Wahlkomitee.« Daß zur rechten Zeit der Herr Erzbischof eingriff, die Parole des Komitees für unkirchlich erklärte und damit die Wahl des liberalen Kandidaten in dem einen zweifelhaften Wahlkreis Münchens sicherte, ist in diesem Zusammenhange unbeträchtlich. Die Kirche hat nie geheuchelt, daß sie andere Nützlichkeiten als solche für sich selbst suche. Lehrreich aber ist die Feststellung, daß eine große Anzahl von Reichstagssitzen nur mit sozialdemokratischen Stimmen für das Zentrum gerettet werden konnte. - Nun besinne man sich auf das Walten des letzten, jetzt verabschiedeten Reichstags. Seine bedeutsamste Tat war die Annahme jener Steuergesetze, durch die die notwendigsten und populärsten Bedarfsmittel in ganz maßloser Weise verteuert wurden und die die Lebenshaltung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volks in beängstigendem Maße verschlechterten. Diese Gesetze hätten ohne ein starkes Zentrum nicht Zustandekommen können. Das starke Zentrum aber wäre - nach eigenem Geständnis - nicht vorhanden gewesen ohne die nachdrückliche Unterstützung der Sozialdemokraten, die ihre Stimmen bedingungslos den jetzt so gelästerten Volksfeinden zur Verfügung gestellt hatten. Jede ungezwungene Logik wird gestehen müssen, daß somit die unerträgliche Belastung des Volks durch die neuen Steuern auf die parteioffiziöse Leitung vieler

Zurück zu den Wahlen. Am 22. September soll ein neuer Bundestag gewählt werden. Selbst Bismarck erkannte schon ein wichtiges Prinzip der Wahlen: „Es wird niemals soviel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“ Herrschaft ist kein Weg zur Herrschaftsfreiheit. Egal welche Parteien auch immer gewählt werden, sie werden sich an das herrschende System angleichen. Es ist nicht auf individuelles Versagen oder moralischen Verfall zurückzuführen, sondern die konsequente Folge von finanziellen Abhängigkeiten, Sachzwängen, Erwartungshaltungen und dem Interesse am Machterhalt an sich. All das ist strukturell im System verankert. Alle historischen Beispiele, und davon gibt es bereits viele, belegen, wie der Aufstieg zur Macht sich auswirkt, wie sich Menschen von den ursprünglichen Zielen entfernen, sich brutalisieren und vor allem am Machterhalt interessiert sind.

Jeder Aufruf zur Wahl ist die Anerkennung staatlicher Herrschaft und Gewalt. Der Gang zur Wahlurne wird zur faktischen Zustimmung zur eigenen Ohnmacht zum demokratischen Projekt, seine Stimme weggegeben zu haben. Wahlen reduzieren das eigene Engagement auf das gemachte Kreuz. Die eigene Verantwortung wird einfach anderen überlassen, die dann die Probleme lösen sollen. Den Wählern wird dann etwas von Freiheit und Mitbestimmung erzählt, jedoch macht es eher den Anschein einer Ruhighaltefunktion. Wahlboykott signalisiert eine Ablehnung des bestehenden Systems. Eine Möglichkeit wäre noch ungültig zu wählen, um nach der Wahlauswertung die Statistik zu verschönern.

In antifaschistischen Kreisen wird oft dazu aufgerufen, wählen zu gehen, um rechtsextreme Parteien zu verhindern. Das Problem wird durch die „Zwei - Haufen - Scheiße Logik“ aus dem „Werner“ - Comic sehr schön verdeutlicht [Werner-Comic nur im Flugblatt]. Einer schlechten Variante wird eine noch schlechtere gegenübergestellt. Schon erscheint die erstere als die bessere Wahl. In Frankreich wurde das gut sichtbar. Um den rechtsextremen Le Pen zu verhindern, organisierten antifaschistische Initiativen Proteste und riefen dazu auf, den rechten Chirac zu wählen. In vier Jahren ruft Mensch hier vielleicht auf, Stoiber zu wählen, weil ihm ein noch größeres Arschloch gegenübergestellt wird. Wahlboykott alleine reicht jedoch nicht aus. Viele Menschen gehen nicht zur Wahl, weil sie sich von keiner der dortigen Parteien vertreten fühlen und meinen, es müssten neue Parteien gegründet werden. Die Herrschaft wird durch Wahlboykott noch nicht in Frage gestellt und sollte somit auch keine Fixierung darstellen. Sinn hat das Ganze nur, wenn die eigene politische Bestimmung nicht einfach anderen überlassen wird.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung!

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft baut auf jeden Einzelnen auf. Die Selbstorganisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, ob das in Betrieben oder auch im privaten Bereich, stellt einen wichtigen Schritt dar. Um bestimmte Probleme zu lösen, reicht es meist aus, diese regional zu thematisieren, zu diskutieren und gemeinsam zu entscheiden. Für den Weg dorthin ist es wichtig, dass Prozesse initiiert werden, die das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändern, Wahlen und Herrschaft nicht mehr anzuerkennen, sondern gemeinschaftlich nach selbstorganisierten Gegenentwürfen zu suchen.

Freie Union Revolutionärer AnarchistInnen, Meiningen

Flugblatt von: Gruppe F.U.R.A. (Freie Union Revolutionärer AnarchistInnen, Meiningen http://puk.de/atag/fura/), August 2002
Originaltext: www.free.de/schwarze-katze/texte/wahl22.html

HERRSCHAFT ERKENNEN – STIMME ERHEBEN STATT ABGEBEN!

Es ist Wahlkampf. Die Menschen in D-Land haben wieder einmal die Möglichkeit, ihr Kreuz an der „richtigen“ Stelle zu machen. Sie glauben, die Politik mitbestimmen zu können. Gewählt werden Parteien und Personen, die in einem Parlament über alle entscheiden. Genauer gesagt, Mensch kann nur mittels der Wahl entscheiden, wer letztlich über das Wohl von 82 Millionen Menschen bestimmen soll. Wahlen stützen ein System, das auf Herrschaft basiert. Herrschaft bedeutet u. a., Entscheidungen über die Köpfe anderer hinweg treffen und durchsetzen zu können, deren Folgen von ganz anderen Menschen getragen werden müssen. Dieser Text soll Demokratie und die Bedeutung von Wahlen untersuchen und aufzeigen, dass es auch noch eine Alternative gibt: ein selbstbestimmtes herrschaftsfreies Leben. Das Entscheidende am demokratischen System ist, dass von einer kleinen Minderheit erwartet wird, die Probleme zu lösen.

Es gibt sicherlich viele Ansichten innerhalb der Parteien, eine ist jedoch immer gleich: alle Parteien wollen ihre Ziele mit Herrschaft und Gewalt durchsetzen. Selbst wenn die Regierung den Willen der Mehrheit ausführt, wird somit immer eine unterdrückte Minderheit geschaffen. Mehrheit und Minderheit gibt es jedoch nur, wenn es eine Gemeinschaft gibt, die zwangsweise einheitlich agieren muss. Ein „Volk“ sieht sich immer als eine „Nation“, als eine unzertrennliche Gemeinschaft. Nationalismus jedoch ist ein Denkkonstrukt, er existiert nur in den Köpfen. Besser gesagt: nationale Gefühlsduselei ist die Einbildung, es würde eine homogene Gemeinschaft existieren. Wie die sogenannten Gemeinsamkeiten, wie „deutsche Sprache“, „deutsche Kultur“, „deutsche Werte“ oder Gewohnheiten, auf 82 Millionen Menschen angewandt werden, ist nicht nur Einbildung, sondern blinde Dummheit.

So kann es keine einheitliche deutsche Kultur geben, nur weil hier auf diesem Stückchen Erde berühmte „Dichter und Denker“ gelebt haben. Ihre kulturellen Errungenschaften sind deshalb noch lange nicht deutsch. „Deutsche“ Sprache können viele Menschen auf der Welt sprechen. Sollen sie deshalb als „Deutsche“ bezeichnet werden? Nationalismus ist ein Glaube, fast eine Religion, die auf Ausgrenzung derer basiert, die einfach anders sein sollen. Diese Krankheit der nationalen „Volksgemeinschaft“ schafft einen gesellschaftlichen Zwang des Einheits - und Führungswahns. Ein „Volk“ - ein Land - eine Führung. So darf es offiziell immer nur eine Richtung geben, in der die gesellschaftliche Entwicklung verläuft.

Diese Entwicklung schafft Einfältigkeit statt Vielfältigkeit. In einer Gesellschaft gibt es verschiedene Gruppen mit verschiedenen Ansichten. Anstatt diesen die Möglichkeit zu geben, selbstverwaltet in autonomen Gruppen parallel zu existieren, werden sie dem Einheitszwang untergeordnet. In einer Wahl des Parlaments soll die „Volksführung“ bestätigt werden. Kommt in Diktaturen die Führung mit Gewalt an die Macht, so in der Demokratie durch Wahlen. Die wirkliche Entscheidungsgewalt bleibt jedoch bei beiden in den Händen weniger.

Das Prinzip der Herrschaft ist jedoch nicht nur auf die Regierung beschränkt. Herrschaft durchzieht die gesamte Gesellschaft. Familie, Schule und hierarchisch organisierte Betriebe sind nur einige Beispiele. Auch Diskriminierung, Rassismus, Bevormundung und Altersunterdrückung haben ihre Ursachen in der Herrschaft. Selbst wenn sie „gute“ Ergebnisse produzierte, würde sich am Ganzen nichts ändern, d.h. die autoritäre Ebene bleibt. Als Beispiel sind Windräder zwar toll, aber auch nicht, wenn sie gegen den Willen der dort lebenden Menschen und Naturschutz in die Landschaft gesetzt werden.

lausender sozialdemokratischer Wähler zurückzuführen ist. - Die zähnefletschende Wut der sozialdemokratischen Agitation, wie sie jetzt gegen die Klerikalen anknurrt, wird man also nicht allzu feierlich zu nehmen brauchen. Vielleicht gehen die Roten das nächste Mal mit den Blauen. Wundern soll man sich über gar nichts.

Freilich sind die armen Sozi bei den Wahlen besonders übel daran. Sympathisch sind sie mit ihrer unproduktiven Betulichkeit, mit ihrer anschmeißerischen Opposition und ihrer phrasen-schwulstigen Alleswisserei niemandem, außer den Kinderstuben-Politikern des »Berliner Tageblatts«. Man läßt sich schließlich, wenn das Geschäft lohnend aussieht, von ihnen unter die Arme greifen. Nachher gibt man ihnen den Tritt. Während sich aber die soeben derart emporgehobenen bürgerlichen Gegner von der peinlichen Berührung den Rock abputzen, schreien die Sozialdemokraten schon durchs Land, daß sie die Starken seien, die auf die eigene Kraft angewiesen sind.

Nein, die Rolle, die die roten Herren im politischen Leben spielen, ist nicht beneidenswert. In der Theorie müssen sie immer noch so tun, als seien sie Sozialisten, Revolutionäre, denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ein Greuel ist und deren Kampf ein konsequentes Sturmlaufen gegen Monarchie, Heer, Kapital und jegliche Ungleichheit und Unfreiheit darstellt. In der Praxis aber posaunen sie lauter als irgendwer andres das Recht auf die Wahlstimme, das Recht, sich in der bescheidenen Form, die (zumal der deutsche) Parlamentarismus erlaubt, an der Verwaltung des so arg befehdeten Staatswesens zu beteiligen. In der Praxis gilt ihnen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als letztes Ziel ihres revolutionären Strebens, und sie merken nicht, wie lächerlich sie selbst im Gesichtsfelde eines bürgerlichen Betrachters aussehen, da sie heute als höchste Sehnsucht eine Forderung aufstellen, die unter den Forderungen der nationalliberalen Revolutionäre von 1848 die untergeordnete Komponente eines großen Programms war.

Die Teilnahme am Parlamentarismus war nicht immer der Inhalt aller sozialdemokratischer Aktion. Solange die Partei sozialistisch fühlte und in Wahrheit den Umsturz wollte, lehnte sie die Wählerei als Konzession an die kapitalistischen Staatseinrichtungen ab. Im Jahre 1869 warnte Wilhelm Liebknecht eindringlich vor diesem Schritt ins Lager der Feinde. Damals hob er auch die Konsequenzen hervor, die das Beharren auf den revolutionären Grundsätzen im parlamentarischen Leben zeitigen müßte. Damals kündigte er die Kompanie Soldaten an, die eine unbequeme Parlamentsmehrheit zum Tempel hinausjagen würde : 40 Jahre, bevor Herr v. Oldenburg-Januschau den Leutnant und die zehn Mann an die kahle Wand des Reichstagssaales malte. - Marx und Engels sprachen vom »parlamentarischen Kretinismus«, und erst 1890 entschloß sich die Partei, die »Jungen«, die immer noch nicht unters Stimmjoch wollten, aus ihren Reihen zu weisen.

Und gibt nicht die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesen 42 Jahren parlamentarischer Betriebsamkeit den skeptischsten Befürchtungen recht? Was hat sie im Laufe

dieser langen Jahrzehnte Positives erreicht, was einer Wandlung von kapitalistischem zu sozialistischem Gesellschaftsgefüge entfernt ähnlich sähe? Man muß beschämt gestehen: gar nichts.

Und fragt man weiter, was infolge der sozialdemokratischen Parlamentstätigkeit auch nur innerhalb der geltenden Ordnung zugunsten des arbeitenden Volks Nennenswertes geschehen ist, so fällt die Antwort leider nicht viel günstiger aus. Die Herren selbst weisen ja bei so unangenehmen Erinnerungen gewöhnlich auf die herrliche Arbeiterschutzgesetzgebung hin. Aber es muß zu ihrer Ehre gesagt werden, daß sie damals noch, als diese Verhöhnung des Arbeiterelends ans Licht des Tages trat, dagegen stimmten, und wenn sie später, in heller Angst, bourgeoise Sympathien zu verlieren, ihren Standpunkt revidierten, so verrieten sie damit den letzten Rest ihrer sozialistischen Gesinnung. Ich habe das im Anschluß an Gustav Landauers »Aufruf zum Sozialismus« in diesen Blättern ausführlich expliziert (vgl. »Kain« Heft 3).

In der positiven Arbeit hat also der ganze mit ungeheurer Mühe, ungeheuren Kosten, ungeheurer Energie und ungeheurer Ausdauer konstruierte Apparat der proletarischen Parlamentspolitik versagt. Angeblich soll er sich aber sehr bewährt haben, wenn es galt, reaktionäre Beschlüsse der übrigen Parteien zu verhindern. Auch auf diese Behauptung darf man vernehmlich fragen: Was habt ihr verhindert? Wo habt ihr etwas verhindert? Wie habt ihr es verhindert?

Die größte Mandatzahl hatten die Sozialdemokraten in der Legislaturperiode von 1903-1907. Sie verfügten damals zeitweilig über mehr als achtzig Sitze. In jener Zeit aber wurde Deutschland mit der Wiedereinführung hoher Schutzzölle beglückt, gegen die wütende Opposition, ja Obstruktion der 80 Revolutionäre, die übrigens ohne Mitwirkung der Liberalen (damals: Liberale Vereinigung) gar nicht gewagt hätten zu obstruieren. Die Sozialdemokraten haben es mit all ihrem Krakehl nicht zu verhindern vermocht, daß Herr v. Tirpitz uns ein Flottengesetz nach dem ändern bescherte. Das Bürgerliche Gesetzbuch, das Vereinsgesetz, sämtliche Kolonialgesetze mit all ihren militärischen Folgerungen sind trotz ihres Widerspruchs in ihrer Anwesenheit beschlossen worden.

Man rede nicht von den paar Gesetzentwürfen, die von der Regierung eingebracht und vom Reichstage abgelehnt wurden. Die »Zuchthausvorlage«, das »Umsturzgesetz« waren Totgeburten, weil die geschäftskundigen Bürger, die im Reichstage sitzen, viel zu intelligent sind, um sich nach den Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz noch in solche Wespenneste zu setzen. Hätten die bürgerlichen Mittelparteien diese Gesetze gewollt, dann hätten die Sozi sich auf den Kopf stellen und mit den Beinen strampeln können - sie hätten sie gekriegt.

Im Parlament geht es eben demokratisch zu: die Mehrheit hat recht, die Minderheit hat unrecht. Die Sozialdemokraten sollten die Letzten sein, die das bemängelten. Sie

Vielmehr wollen wir unser Augenmerk auf die zahlreichen Wahltreffen der Basisinitiativen richten, um hier etwaige Illusionen, „die linke Szene könnte womöglich zur Regierung werden“, schon im Keim zu ersticken. Es gilt hier nach dem konkreten Nutzen des Wählens und Gewähltwerdens für jede sich beteiligende Initiativgruppe zu fragen und damit deutlich zu machen, dass dazu die aufgewendeten Energien in absolut keinem Verhältnis stehen und stattdessen viel wirkungsvoller in den jeweiligen Initiativen eingesetzt werden könnten. Wir haben uns also darauf zu konzentrieren, all diese Aktivisten an der Basis zu halten, damit ihr Engagement die, zur Stärkung der freiheitlichen Kräfte in dieser Gesellschaft notwendigen, Kämpfe vorantreiben kann.

Gerade um hierfür die Basis durch die Koordination und Kooperation der verschiedenen Initiativen zu erweitern, bieten die Wahltreffen günstige Gelegenheiten, die unseren allseitigen Einsatz erfordern. Aber da ja nicht allein die Aktivisten der Initiativbewegung zur Wahl gehen wollen, müssen wir noch weit mehr Leute dazu ermuntern, die fortschreitende Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch ihre Mitarbeit in den Basisinitiativen zu bekämpfen, statt dem, doch schon zu oft offenbarten, Irrtum, sie könnten diese allein durch ihr Stimmkreuzchen vereiteln, aufs Neue zu verfallen. Uns stellt sich also in unserer Propaganda und Agitation die vorrangige Aufgabe, die Angst vor der Herrschaft einer politischen Partei in das Aufbegehren breiter Bevölkerungsschichten gegen den Sozial- , Freiheits- und Friedensabbau umzuwandeln.

Selbstverständlich enthebt uns ein derartiges Vorgehen gegen die Wahlen nicht der Notwendigkeit einer weiterführenden Kampagne für den Boykott jeglicher Wahl, um damit deutlich zu machen, dass wir Anarchisten das herrschende Gesellschaftssystem generell ablehnen. Doch- angesichts der momentanen sozialen und politischen Zustände erscheint uns die, bislang praktizierte, rein destruktive Öffentlichkeitsarbeit als kaum erfolgversprechend, so dass wir jetzt versuchen wollen, unter dem Motto: kämpfen statt wählen eine konstruktive anarchistische Propaganda und Agitation zu initiieren. In der Tat aber sehen wir dabei die Wahlen nur als einen möglichen Anlass, um hierzu einen geeigneten Einstieg zu finden. Im Grunde muss es unser fortwährendes Bestreben sein, alle partiellen Kämpfe im freiheitlichen Sinne voranzutreiben und keine Gelegenheit auszulassen, sie anlässlich ähnlicher Problem- und Zielvorstellungen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen versuchen. Der Anarchismus als einzige Bewegung, die die universelle Befreiung von Mensch und Natur proklamiert, muss deshalb auch die Basis in den Initiativen als seine originäre Arena wahrnehmen, um die freiheitlichen Tendenzen in der Gesellschaft zu stärken und somit das Fundament zu ihrem allgemeinen Durchbruch zu legen.

Anarchisten an der Ruhr

Aus: „Trafik“ Nr.8, Winter 82/83
Originaltext: http://www.free.de/schwarze-katze/texte/wahl23.html

Ein Text aus der Zeit, als „Die Grünen“ in Deutschland und Österreich zur „alternativen“ Partei wurden - was aus ihnen und dem Versuch, Politik anders zu betreiben, geworden ist, kann heute jeder & jede sehen.

GEDANKEN ZUM WAHLBOYKOTT (1982)

Unser Internationaler Erfahrungsaustausch, über den zu berichten wir es den französischen Genossen überlassen, war für die Anarchisten an der Ruhr der Anstoß zu einer, seit vielen Jahren unterlassenen, Wiederbelebung der Koordination und Kooperation ihrer Kräfte. Nach ersten Diskussionen zum angekündigten Thema „Wahlboykott“ habe ich im folgenden versucht, unsere Überlegungen dazu aus meiner Sicht zusammen zufassen.

Aufgrund der gegenwärtigen „Stärke“ der deutschen anarchistischen Bewegung erscheint eine Wahlboykott-Kampagne zu dem bevorstehenden Wahlspektakel als kaum wirkungsvoll, zumal wir noch nicht einmal in der Lage sind, der Wahlabstinenz eine kraftvolle Alternative, etwa das Engagement in einer Anarchistischen Föderation, entgegenzusetzen.

Die bundesdeutsche Initiativbewegung steckt momentan in nicht unerheblichem Umfange in einer politischen Sackgasse ohne die Aussicht, im außerparlamentarischen Rahmen mittels der bislang benutzten traditionellen Demonstrations- und Aktionsformen ihren politischen Vorstellungen näherzukommen. Als Ausweg daraus setzen deshalb viele Aktivisten aus Initiativgruppen übermäßige Hoffnungen und Erwartungen in die massive Mobilisierung ihrer Sympathisanten für die Wahlen, um so ihre Forderungen vielleicht auf der parlamentarischen Ebene zur Geltung bringen zu können. Dieses Umschwenken, das in der Vergangenheit schon zu oft gesellschaftliche Massenbewegungen zu politischen Splittergrüppchen verkommen ließ, trägt im Grunde nur, der sich allseits ausbreitenden Bequemlichkeit und Schläfrigkeit in der „linken Szene“ Rechnung, indem er an die Stelle der mühsamen und langwierigen Initiativarbeit die geruhsame und kurzweilige Wahllistenkandidatur stellt und damit den selbstbestimmten Kampf der fremdbestimmten Delegation opfert.

Trotz dieser Tendenzen halten wir eine Wahlboykott - Kampagne für ziemlich aussichtslos, obwohl sie ja eigentlich zum traditionellen Repertoire anarchistischer Propaganda zählt. Abgesehen von ihrer offenkundigen politischen Wirkungslosigkeit ist sie zweifelsohne unter den momentanen Gegebenheiten nicht dazu geeignet, der überwältigenden Mehrheit der Initiativkämpfer eine richtungsweisende Alternative im anarchistischen Sinne aufzuzeigen. Aus diesem Grunde beabsichtigen wir, das eigentliche Wahlspektakel ganz einfach zu ignorieren, um nicht den gleichen Fehler wie die Initiativler zu begehen und, nur unter umgekehrten Vorzeichen, den Wahlen eine ihnen nicht angemessene Bedeutung in unserem Kampf einzuräumen.

verkünden ja dies Prinzip als unübertreffliche Gerechtigkeit. Ihr ganzes Streben bei den Wahlen selbst geht ja dahin, durch eine zuverlässige Geometrie der Wahlkreise die absolute Majorität wirklich auszumitteln, um die Minderheit damit knebeln zu können. Gewiß ist das Streben nach gleicher Wahlkreiseinteilung berechtigt, wenn man überhaupt das parlamentarische Prinzip will. Aber dieses parlamentarische Prinzip selbst, scheint mir, ist eine Absurdität, ein Humbug, ein Prinzip der Ungerechtigkeit.

Zunächst: die übergroße Mehrheit der Menschen ist vom Wählen eo ipso ausgeschlossen. Die gesamte Hälfte der Menschheit, die nicht Hosen sondern Röcke trägt, gilt in unsern erfreulichen Zeitläuften als geistig unterbegabt. Jeder Dorfküster hat infolgedessen größere Rechte als etwa einer Madame Curie, einer Duse oder Ebner-Eschenbach zugebilligt werden könnten. Es ist zu dumm, als daß man es tragisch nehmen sollte. - Aber gleichzeitig sind hunderttausend Soldaten und alle die vielen ausgeschlossen, die grade in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, und sogar alle solche, die dem Staate als Arme »zur Last fallen«. Gewiß: hier möchten die Sozialdemokraten manches ändern (die Liberalen übrigens auch). Aber sie können es nicht ändern, und änderten sie es, so wäre auch weiter nichts erreicht, als daß dem Parlamentarismus eine Spur von dem sittlich Widerwärtigen genommen würde, das ihm anhaftet.

Die Ungerechtigkeit bleibt auch bei Zulassung der Frauen, Soldaten, Armen und Gefangenen und selbst bei Einführung des konsequentesten Proportionalwahlsystems bestehen, daß sich unter die Mehrheitsbeschlüsse eines Parlaments jede Minderheit zu beugen hat, die sich dadurch vergewaltigt fühlt. Die Ungerechtigkeit vor allem ist unerträglich, daß von einer Zentralstelle aus durch Schacher und Kompromisse aller Art Gesetze ausgebrütet werden, die zugleich für alle Menschen eines großen Landes Geltung haben, deren Bedürfnisse und Ansprüche auf ganz verschiedenen geographischen und Charaktergrundlagen beruhen. Ein Parlament kann nur dann nützlich wirken, wenn es ausschließlich ein Institut zur Aussprache und Verständigung im Einzelfalle gleichmäßig interessierter Menschen wird, ein Institut also, zu dem jede Meinung ihre Vertreter mit imperativem Mandat entsenden und an dem jeder Einzelne auch persönlich mitwirken kann. Es ist klar, daß solche gemeinsamen Interessen immer nur zwischen Menschen bestehen können, die entweder durch eine sittliche Idee oder aber durch praktische, sich aus räumlicher Nachbarschaft ergebende Notwendigkeiten miteinander verbunden sind. Entstaatlichung der Gesellschaft, Dezentralisation ist also anzustreben, um einen Zustand zu erhalten, in dem die Menschen Beratungen pflegen können, ohne einander die Luft abzuschnüren zu brauchen.

Es mag noch ein Einwand erledigt werden, mit dem man die Beteiligung am Parlamentarismus häufig verteidigen hört. Das ist das Bedürfnis prominenter Persönlichkeiten, sich von Tribünen mit weiter Akustik reden zu hören. Nun zeigt aber ein Blick in die Sitzungssäle deutscher Parlamente, daß die Redepulte dieser Anstalten gemeinhin von allen eher als von überragenden Persönlichkeiten bestiegen werden. Das liegt zum einen Teil an der Einflußlosigkeit des Parlaments auf die Geschicke der Völker,

zum ändern Teil am Reinlichkeitsbedürfnis beträchtlicher Leute, die wissen, daß sie Einfluß nur gewinnen können, wenn sie sowohl ihren Charakter wie ihre Intelligenz zu Konzessionen bereit halten. In Wirklichkeit ist aber auch gar nicht einzusehen, wieso denn ein Reichstagsabgeordneter etwa freier aus sich herausreden könnte als ein Volksredner oder Publizist, der ehrliche eigene Ansichten zu vertreten hat. Wer gehört werden will, der wird sich auf die Dauer Gehör verschaffen, und wenn selbst der willenlosen Menge von ihren journalistischen Seelsorgern das dickste Totschweigewachs in die Ohren geträufelt wird.

Das Wort aber, das ans Volk direkt gerichtet wird, hat allemal stärkere Wirkungen auf die Ereignisse als das, das unter taktischen Verschnörkelungen auf dem Umweg über Parlamentsstenogramme zu ihm gelangt. Denn der Bürger hat sich ja mit der Wahl eines Vertreters der eigenen Aktionsbereitschaft begeben und verzichtet von vornherein darauf, aus dem, was er aus dem Sitzungssaal vernimmt, andere Schlüsse zu ziehen als solche, die sich auf die Auswahl des in fünf Jahren zu entsendenden Vertreters erstrecken. Der Appell ans Volk selbst aber kann unmittelbares Eingreifen in die Geschichte eines Landes bewirken. Noch ein Beispiel aus der Praxis der Sozialdemokratie:

In den romanischen Ländern hat man mit der Anwendung umfassender Streikaktionen sehr gute Erfahrungen gemacht, wenn man damit politischen Unzuträglichkeiten begegnen wollte. In Deutschland wurde dieses Mittel der direkten Massenaktionen von den Anarchisten und Syndikalisten solange propagiert, bis es in Arbeiterkreisen Anklang fand und die sozialdemokratische Partei sich um den peinlichen Gegenstand nicht länger herumdrücken konnte. Vor einigen Jahren kam die Sache auf einem Parteitage zur Sprache und man entschloß sich, den politischen Massenstreik als Kampfmittel in das Waffenarsenal der Arbeiterschaft einzustellen. Um aber nicht den alten Aberglauben von der allein seligmachenden Wählerei zu erschüttern, erklärte man, der politische Massenstreik solle nur angewandt werden, wenn es gelte, ein gefährdetes Wahlrecht zu verteidigen oder in Ländern mit unfreiem Wahlrecht ein freieres zu erzwingen. Man gab also zu, daß das Volk selbst, wenn es Forderungen durchsetzen wolle, die mit dem Parlamentarismus nicht zu erzwingen sind, über das stärkere Mittel verfüge. Man reservierte aber das stärkere Mittel zu dem einzigen Zweck, das schwächere Mittel zu schützen. Wie konsequent die Herren Sozialdemokraten diesen Standpunkt wahren, beweist ihr Verhalten den Anregungen gegenüber, einer Kriegsgefahr mit dem Massenstreik zu begegnen. Sie könnten sich dadurch - das haben sie selbst zugegeben - ihre Position im parlamentarischen Schachergeschäft erschweren.

Man überlege einmal: Wenn alle die unzähligen Millionen, die im Laufe von vier Jahrzehnten für die Agitation zu den Wahlen verausgabt wurden, benutzt wären, um revolutionäre Genossenschaften zu beleben, wenn alle zum Stimmenfang verbrauchte Arbeitskraft in produktiver Arbeit tätig gewesen wäre, um den eigenen Unterhalt unabhängig von der kapitalistischen Ausbeutung zu beschaffen, wenn also alle Propaganda der Vorbereitung des Volkes zur Übernahme der Produktionsmittel in eigene

Regie gedient hätte - zweifelt jemand, daß unser gesellschaftliches Sein ein sehr anderes, ein sehr viel erfreulicheres Bild böte als heute? Aber die Masse wird von ihren streberischen Führern geflissentlich in Untätigkeit gehalten. Überall wird ihr der Wille der »Vertreter« aufoktroyiert, und mit dem Humbug der Wählerei wird ihr vorgespiegelt, daß sie selbst die Herrin ihrer Geschicke sei.

Ob und wen alle diejenigen wählen, die im Prinzip mit der geltenden Staatsordnung einverstanden sind, scheint mir sehr wenig belangvoll. Jedes Parlament, ob seine Mehrheit links oder rechts vom Präsidenten sitzt, ist seiner Natur nach konservativ. Denn es muß den bestehenden Staat wollen - oder abtreten. Es kann nichts beschließen, was den Bestand der heutigen Gesellschaft gefährdet, also auch nichts, was denen, die unter der geltenden Ordnung leiden, nützt. Die Entscheidung für diesen oder für jenen Kandidaten ist nicht die Frage des Stichwahltages. Die Frage heißt: Soll ich überhaupt wählen oder tue ich besser, zu Hause zu bleiben? Überlege jeder, daß er mit jedem Schritte, den er zum Wahllokal lenkt, sich öffentlich zur Erhaltung des kapitalistischen Staatssystems bekennt. Frage er sich vorher, ob er das tun will. Wer aber denen glaubt, die vorgeben, durch Ansammlung von möglichst vielen Stimmen, mögen sie gehören, wem sie wollen, die Fähigkeit zu erlangen, in parlamentarischer Diskussion sozialistische Ansprüche zu ertrotzen, dem sei erklärt: solche Behauptung ist blanker Schwindel.

Erich Mühsam

Kain. Zeitschrift für Menschlichkeit, Jg.1, 1912, Heft 10
Originaltext: www.twokmi-kimali.de/texte/muehsam_Humbug_der_Wahlen.htm